

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Sonnabend, den 28. August 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Möbeltischlerstreit, seine Ursachen und sein bisheriger Verlauf.

Eine altentworfene Darstellung.

(Fortsetzung.)

Wer die soeben veröffentlichten Schriftsätze der Möbelfabrikanten und der Streikenden aufmerksam liest, wird sich sagen müssen, daß nach Lage der Dinge wenig Aussicht auf Einigung vorhanden war. Trotzdem wollten wir angurufen, ein Entschluß, welcher trotz des zu erwartenden negativen Resultates nur gutzuheißen war und auch von uns warm befürwortet worden ist. Das Ergebnis der ersten Verhandlung ist in nachstehend wiedergegebenem amtlichem Sitzungprotokoll enthalten:

Öffentliche Sitzung des Einigungsamtes zu Lübeck.

Verhandelt Lübeck, am 31. Juli 1897,
im Rathhause, Zimmer 4.

Gegenwärtig:

- Senator Dr. Schön, als Vorsitzender,
Fabrikant Heinr. Thiel,
Schiffbau-Direktor E. Stolte,
Zimmermeister F. Schwarzkopff,
Vertrauensmänner der Arbeitgeber;
Müller Th. Bartels,
Maurer H. Kleinfeldt,
Tischler A. Mann,
Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,
als Beisitzer;
Verteidiger Dr. Forstmann,
als Protokollführer.

Nachdem zwecks Beilegung des am 1. April dieses Jahres in den Fabriken von Mitgliedern des hiesigen Vereins der Möbelfabrikanten und verwandter Holzbearbeitungsbetriebe ausgebrochenen Ausstandes sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern das Einigungsamt angerufen war und in Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 16. Juni 1890, betreffend die Einsetzung eines Einigungsamtes, von beiden Parteien je 3 Vertrauensmänner benannt und je vier Vertreter bestellt waren, hatte der Vorsitzende auf heute Abend 6 Uhr Termin zur Verhandlung über den Streitfall und zur eventuellen Vornahme des Einigungsversuches anberaumt.

Es waren dazu geladen und erschienen:

- Die nebenbenannten von dem Vorsitzenden zu Beisitzern berufenen Vertrauensmänner der Parteien,
- die von den Parteien bestellten Vertreter, und zwar für die Arbeitgeber:
 - 1) der Möbelfabrikant F. Schramm
 - 2) " " Detm. Wasserkradt,
 - 3) " " H. Wahrdt,
 - 4) " " Wilh. Senff,für die Arbeitnehmer:
 - 1) der Tischlergeselle J. D. Rohde,
 - 2) " " R. Trusch,
 - 3) " " F. Krull,
 - 4) " " Maschinenarbeiter E. Block,sämmtlich von hier.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einigen einleitenden Worten.

Es wurde zunächst festgestellt, daß die Vertrauensmänner und die Parteienvertreter bezüglich ihrer Persönlichkeit sämtlich den Vorschriften des § 2, Absatz 3 und § 3, Absatz 3 des Gesetzes vom 16. Juni 1890 genügen.

Gegen die Legitimation der Parteienvertreter wurden von keiner Seite Bedenken erhoben und dieselben daher vom Einigungsamt als legitimierte Vertreter erachtet; auch wurde gegen die Zulassung von je vier Vertretern keine Einwendung geltend gemacht.

Der Vorsitzende referierte hierauf aus den Akten.

Auf Antrag des Arbeitnehmer-Vertreters Krull wurden die sämtlichen eingereichten Schriftsätze nebst Anlagen verlesen, die eine eingehende Darstellung der Entstehungsurachen und Beweggründe des Streits, der gestellten Forderungen über Lohn und Arbeitszeit und den Verlauf der bisherigen Verhandlungen zwischen den Parteien enthalten.

Zur Verhandlung über den Streitfall erhielt sodann das Wort der Arbeitnehmer-Vertreter Rohde.

Derselbe erklärte, daß die beteiligten Arbeitnehmer an den den Arbeitgebern gestellten Forderungen, wie solche in dem der hiesigen Tischlerinnung am 1. April dieses Jahres abgeschlossenen Arbeitsvertrage enthalten seien, durchaus festhielten und dieselben auch für berechtigt und durchführbar erachteten, zumal schon einige Möbelfabrikanten die Forderungen bewilligt hätten.

Die gestellten Forderungen sind folgende:

(Folgt der Vertrag mit der Zustimmung.)

Der Arbeitgebervertreter Wasserkradt erklärte sich hierauf zu den vorstehenden Forderungen wie folgt:

zu 1. Die heutige Möbelfabrikation habe mit der Konkurrenz in Schwerin, Rostock, Kiel, Thüringen, Pommern u. s. w. zu rechnen. In beiden Mecklenburg und Schleswig-Holstein betrage die tägliche Arbeitszeit in der Möbelfabrikation 10 Stunden, in Pommern teilweise 11 Stunden. Die hiesige Möbelfabrikation, die erst im Entstehen begriffen sei, würde daher bei Einführung einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit mit der auswärtigen Konkurrenz nicht Schritt halten können und völlig lahm gelegt werden.

Es sei insbesondere auch zu berücksichtigen, daß die Unkosten für Kohlen, Feuerversicherung, Unfallversicherung etc. in maschinellen Betrieben für 9 1/2 Stunden die gleichen seien, wie für 10 Stunden Arbeitszeit.

Von den Mitgliedern des Möbelfabrikanten-Vereins, die noch von dem Ausstande betroffen seien, hätten Schramm, Senff, Wahrdt, Gebr. Wasserkradt und Demuth u. Co. maschinellen Betrieb, Bamperin, Brandt und Faber Handwerksbetrieb. Von den ersteren beschäftigten bei regulärem Betrieb:

Schramm	durchschnittlich 16 Arbeiter
Senff	25 „
Wahrdt	7 „
Wasserkradt	18 „
Demuth u. Co.	20 „

Wenn von der Jenseite hervorgehoben worden sei, daß von einigen hiesigen Möbelfabrikanten die 9 1/2 stündige Arbeitszeit bereits eingeführt sei, so seien dies, abgesehen von zwei Vereinsmitgliedern, die allerdings auch Maschinenbetrieb hätten, solche, die nur mit Handwerksbetrieb arbeiteten.

Die beteiligten Arbeitgeber müßten sowohl auf Beibehaltung der 10 stündigen Arbeitszeit beharren.

Zu II bis IV. Wegen der höheren Lohnforderungen hätten die Arbeitgeber an und für sich nichts einzuwenden.

Zu V. Selbsthalten von Gerath seitens der Gesellen komme in der Möbelfabrikation nicht vor.

Zu VI. Mit der Bestimmung über die Lohnzahlung seien die Arbeitgeber einverstanden.

Zu VII. Die Arbeitgeber hätten nichts dagegen, daß in der Regel eine gegenseitige Kündigung nicht statfinde; im Ausnahmefalle müßte jedoch eine besondere Abmachung vorbehalten bleiben.

Zu VIII. Die Arbeitgeber seien bereit, den Vertrag auf eine noch näher zu vereinbarende Zeit in Geltung zu lassen.

Der Arbeitnehmervertreter Rohde wandte hiergegen ein:

Wenn maschinellen Betriebe werde viel intensiver als beim Handwerksbetrieb gearbeitet. Die Fabrikation im Handbetrieb stelle sich viel theurer als im Maschinenbetrieb.

Die Arbeitnehmer müßten an der Forderung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit entschieden festhalten, da sie sonst die Arbeitgeber, die diese Arbeitszeit bereits eingeführt hätten, schädigen würden. Auch wollten die Arbeitnehmer den früher von der Lohnkommission den Arbeitgebern gemachten Vorschlag, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit Anfang nächsten Jahres einzuführen, nicht wieder aufnehmen.

Weiter erklärte der Arbeitnehmervertreter Krull:

In Berlin und anderen Städten sei längst die 9- und 8 1/2 stündige Arbeitszeit in der Möbelfabrikation eingeführt, im Winter werde dort mitunter nur 6 Stunden gearbeitet. Die lange Arbeitszeit und insbesondere auch die Akkordarbeit ermüde die Kräfte der Arbeiter frühzeitig und es müsse daher auf eine längere Arbeitszeit und auf mögliche Abschaffung der Akkordarbeit gedrungen werden. Ein Hauptgrund für die kürzere Arbeitszeit sei auch der, daß mehr Leute in Arbeit gestellt werden sollten, um den vielen arbeitslosen Kollegen Verdienst zu schaffen.

Hierauf erhielt das Wort der Arbeitgebervertreter Schramm, der Folgendes vorbrachte:

Die Arbeitgeber hätten seiner Zeit den Ausständigen den Vorschlag gemacht, sie wollten ihnen alle anderen Forderungen bewilligen, nur solle die 10 stündige Arbeitszeit solange, als dieselbe in den Maschinenfabriken in Kraft bleibe, beibehalten werden, nach Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit in den letzteren wollten auch sie diese einführen.

Demgegenüber hätten die Ausständigen sich aber ablehnend verhalten.

Er, Schramm, frage nun, ob die Arbeitnehmer bereit wären, wenn die Arbeitgeber die 9 1/2 stündige Arbeitszeit acceptieren wollten, auf die übrigen Forderungen zu verzichten.

Arbeitnehmervertreter Rohde erwiderte, daß für die Arbeitnehmer die 9 1/2 stündige Arbeitszeit die Hauptsache sei, wenn diese eingeführt werden solle, würden die Arbeiter wegen der übrigen Punkte weiter mit sich reden lassen.

Auf die sodann durch einen Vertrauensmann der Arbeitnehmer an die Arbeitgebervertreter gerichtete Frage, ob irgend ein Beweis dafür zu erbringen sei, daß die Unkosten für maschinelle Betriebe gegenüber dem Handwerksbetriebe höher seien, erwiderte der Arbeitgebervertreter Wasserkradt, daß die Feuerversicherung für maschinelle Betriebe 15, für Handwerksbetriebe nur 2 pro Mille betrage, daß ferner für erstere Betriebe die Unfallversicherungs-Gehaltsklasse 7, für letztere Betriebe die niedrigste Gehaltsklasse in Anschlag kommen, sowie endlich, daß die für maschinelle Betriebe bestehende Haftpflichtversicherung für Handwerksbetriebe in Wegfall komme.

Das Einigungsamt zog sich hierauf zur Berathung zurück.

Nach stattgehabter Berathung wurde folgender

Beschluß

verkündet:

Das Einigungsamt ist nicht in der Lage, einen Vergleichsvorschlag zu machen, da, wie aus den Verhandlungen zu entnehmen ist, hinsichtlich des hauptsächlichsten Streitpunktes von der einen Partei an der Beibehaltung der 10 stündigen Arbeitszeit, und von der anderen Partei an der Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit festgehalten wird.

Auf die an die Vertreter gerichtete Frage, ob sie einen Antrag auf Abgabe eines Schiedspruches durch das Einigungsamt stellen und sich eventuell einem solchen unterwerfen wollten, erklärten:

1) Die Vertreter der Arbeitgeber, daß sie sich einem Schiedspruch unterwerfen wollten,
2) Die Vertreter der Arbeitnehmer, daß sie sich nur dann einem Schiedspruch unterwerfen wollten, wenn ihnen, abgesehen von dem Lohnzuschlag bei Akkordarbeiten sämtliche übrigen Forderungen zugepfanden würden.

Auf Antrag der Arbeitgebervertreter wurde neuer Termin zur weiteren Erklärung auf Montag, den 2. August, Abends 6 Uhr, anberaumt.

Die Vertrauensmänner und Vertreter wurden hierzu mündlich geladen.

gez. Schön Dr. gez. Forstmann.
Vorgelesen und genehmigt in der Sitzung des Einigungsamtes am 2. August 1897.

Zu dem zweiten Termin hatten die Arbeitgeber eine Erklärung an das Einigungsamt gesandt mit nachstehendem Inhalt:

An das verehrliche Einigungsamt zu Lübeck.

Im Auftrage der Firmen Friedr. Schramm, Gebr. Wasserkradt, J. Bamperin, W. Senff, R. Demuth u. Co., H. Wahrdt, Carl Brandt und J. Faber habe ich bezüglich der schwebenden Verhandlungen folgende Erklärung abzugeben:

Nach nochmaliger eingehender und sorgfältigster Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse sind wir einstimmig zu dem Resultat gekommen, daß die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden für Tischler- und Drechslergesellen so schwere Schädigungen unserer Betriebe zur Folge haben würde, daß uns diese Verkürzung der Arbeitszeit unannehmbar ist.

Der von den Arbeitnehmern laut ihrer Aussage verfolgte Zweck, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern, wird nicht erreicht werden. Vielmehr wird die Verkürzung der Arbeitszeit uns nach unserer festen und unumstößlichen Ueberzeugung so sehr in unserer Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen deutschen Städten beeinträchtigen, daß wir die begründete Furcht hegen müssen, nicht mehr in der Lage zu sein, für die bisher beschäftigte Anzahl von Arbeitern die nöthige Arbeit heranzuschaffen zu können. Wir müssen also auch im wohlwollenden Interesse unserer eigenen Arbeiter die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit als zur Zeit wenigstens noch undurchführbar zurückweisen. Außerdem haben wir in den letzten Jahren andauernd keinen Ueberfluß, sondern einen recht fühlbaren Mangel an tüchtigen Gesellen für Möbelfabrikation zu verzeichnen gehabt.

Um indessen abermals den Beweis zu erbringen, daß wir jedes erträgliche Opfer zu tragen bereit sind, um den uns aufgezwungenen Kampf zu Ende zu bringen, erklären wir uns bereit, alle bisher gemachten Zugeständnisse voll ausrecht zu erhalten. Des Ferneren wollen wir uns bezüglich der geleerten Tischlergesellen genau auf den Standpunkt des hiesigen Einigungsamtes stellen und die von demselben für Ziel festgesetzten Arbeitsbestimmungen, welche sowohl von den hiesigen Arbeitnehmern wie Arbeitgebern gemeinsam vereinbart worden sind, auch für uns acceptiren. Dieselben lauten:

Der Normallohn wird für Möbelfabrikanten auf 38 Pfg. und für Bauarbeit (darunter verstehen wir Arbeit außerhalb der Fabrik auf dem Bau) auf 40 Pfg. pro Stunde festgesetzt, jedoch steht es dem Arbeitgeber frei, an durchaus unerfahrene und absolut un-tüchtige Gesellen weniger, jedoch nicht unter 35 Pfg. zu zahlen.

Falls nach diesem Grundplane, wie wir hoffen, durch Vermittlung des Einigungsamtes eine Vereinbarung zu Stande kommt, verpflichten wir uns dem Herrn Vorsitzenden des Einigungsamtes gegenüber, falls von den Arbeitnehmern dasselbe geschieht, dieselbe vor dem 1. Oktober nächsten Jahres nicht zurückzunehmen und auch weiter bestehen zu lassen, falls die Vereinbarung nicht nach dem 1. Oktober 1898 von uns zu Händen des Herrn Vorsitzenden des Einigungsamtes mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten gekündigt worden ist.

Für Drechsler erkennen wir einen Minimallohn von 24 Pfg. pro Stunde an.

Hochachtungsvoll ergebenst
i. V.: F. Schramm.

Lübeck, den 2. August 1897.

Das Protokoll über die zweite Sitzung lautet:

Öffentliche Sitzung
des Einigungsamtes zu Lübeck.
Lübeck, am 2. August 1897,
im Rathhause, Zimmer 4.

Gegenwärtig (1. erstes Protokoll.)

In der auf heute in Sachen betr. den Ausstand in den Fabriken beziehungsweise Werkstätten von Mitgliedern des Vereins der Möbelfabrikanten und verwandter Holzbearbeitungsbetriebe anberaumten Sitzung waren erschienen:

(1. erstes Protokoll.)

Nachdem das Protokoll über die Verhandlung vom 31. vorigen Monats verlesen war und Einwendungen gegen die Fassung nicht erhoben waren, wurde in die weitere Verhandlung eingetreten.

Zunächst erklärte der Arbeitgebervertreter Schramm:

Die beteiligten Arbeitgeber hätten nach nochmaliger eingehender Erwägung der Verhältnisse beschlossen, den Arbeitnehmern die in dem zugleich überreichten Schriftsatz vom 2. dieses Monats (oben abgedruckt) enthaltenen Vorschläge zu machen. Diese bildeten das Meistmögliche, wozu die Arbeitgeber sich verstehen könnten.

Der Schriftsatz wurde zur Verlesung gebracht.

Der Arbeitnehmervertreter Krull erwiderte hierauf:

Die Arbeitnehmer würden sich unter keinen Umständen mit der Beibehaltung der 10 stündigen Arbeitszeit einverstanden erklären, sie wollten aber im Uebrigen ihre Forderungen wie folgt er-mäßigen:

- 1) Der bisherige Lohn für 10 Stunden wird künftig für 9 1/2 Stunden Arbeitszeit gezahlt. (5% Zuschlag gegen früher).
- 2) Bei Akkordarbeit, die möglichst zu vermeiden ist, kein Lohnzuschlag.
- 3) Der Lohnzuschlag für Nachtarbeit beträgt nur 25%.
- 4) Die sonstigen Forderungen, insbesondere auf Einführung der neuneneinhalbstündigen Arbeitszeit, bleiben bestehen.

Die Arbeitgebervertreter hielten diese Zugeständnisse für wenig in Betracht kommend.

Nach hierauf stattgehabter Berathung des Einigungsamtes wurden den Parteien, indem ein Vergleichsvorschlag bezüglich der übrigen Punkte vorbehalten ward, hinsichtlich der Arbeitszeit folgende zwei Vergleichsvorschläge unterbreitet:

1) Die Frage bezüglich der Arbeitszeit wird vertagt. Es wird eine Kommission, bestehend aus je drei Vertretern der Arbeit-

geber und Arbeitnehmer eingeleitet, die über die Regelung der Arbeitszeit weiter zu beraten hat.

2) Die Arbeit wird sofort mit 10 stündiger Arbeitszeit unter der Bedingung wieder aufgenommen, daß bis spätestens Ende dieses Jahres die neueneinhalbstündige Arbeitszeit eingeführt wird.

Die Parteien haben zwecks Beratung über diese Vorschläge am Vertagungs der Verhandlung auf 1/4 Stunde.

Dem wurde stattgegeben.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärten:

1) Die Vertreter der Arbeitgeber:

Sie nehmen den ersten Vorschlag an und lehnen den zweiten ab.

2) Die Vertreter der Arbeitnehmer:

Sie acceptieren den zweiten Vorschlag und lehnen den ersten ab.

Da die Parteien nach wiederholtem Vorhalten bei diesen Erklärungen verblieben, blieb der Einigungsversuch erfolglos.

Von dem Vertreter der Arbeitgeber wurde hierauf ein Antrag auf Abgabe eines Schlichtungsurteils durch das Einigungsamt gestellt.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, einen solchen Antrag nicht stellen zu wollen.

Da mithin die Verhandlungen zu einem Ergebnis nicht geführt hatten, wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.
gez. Schön Dr. gez. Vorstmann.
(Fortsetzung folgt).

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der internationale Arbeiterschutz-Kongress in Zürich hat eine eigenthümliche, von allen früheren internationalen Kongressen abweichende Physiognomie. Es liegt dies in seiner Zusammensetzung, die verschiedene ist von der aller früheren internationalen Kongresse. Die zahlreichen, einem bestimmten wissenschaftlichen oder allgemein-praktischen Zweck gewidmeten Kongresse — Anthropologen-Kongresse, Turisten Tage, Hygienische Kongresse, Friedens Kongresse u. s. w. — bestehen aus Personen, die entweder durch ein gleiches Ziel zusammengebracht sind, oder, sofern sie in ihren Anschauungen und Bestrebungen von einander abweichen, doch nicht einander entgegengesetzte, einander auf politischem Gebiet feindliche Organisationen oder Parteien vertreten. Und was die sonstigen internationalen Kongresse betrifft, die politische Partei-ziele verfolgen, so sind dieselben nur aus Mitgliedern und Vertretern einer bestimmten politischen Partei zusammengesetzt. In diese Kategorie fallen gewisse Katholiken-Kongresse, die trotz des religiösen Aufputzes politischen Zwecken gewidmet waren — und vor allem die bisherigen internationalen Arbeiter-Kongresse, die sämtlich aus Vertretern einer bestimmten Partei, und zwar fast ausschließlich der sozialistischen Partei bestanden haben.

Der gegenwärtige Kongress ist der erste, auf welchem Vertreter verschiedener politischer Parteien, die einander im politischen Leben bekämpfen, zusammengetreten sind, um sich über bestimmte, ihnen ganz oder theilweise gemeinsame Forderungen wo möglich und soweit als möglich zu verständigen.

Diese Verschiedenheit und Gegenfälligkeit der Mitglieder giebt dem Internationalen Arbeiterschutz-Kongress sein Gepräge. Er umfaßt — wenn wir von einigen, nur sich selbst oder kleine Gruppen vertretenden Teilnehmern absehen — Vertreter politischer Parteien, die einander zu bekämpfen gewohnt sind und sich zu dem Versuch geeinigt haben, eine gemeinsame Arbeit zu verrichten. Es sind Feinde, die sich entschlossen haben, zur Beseitigung eines Werkes der Humanität die Waffen für kurze Zeit ruhen zu lassen — wie dies manchmal auf dem Schlachtfeld des blutigen völkermordenden Krieges vorkommt. Nur, daß es sich bei dem Waffenruhen im Krieg meistens darum handelt, die Toten zu begraben, während es sich hier darum handelt, Millionen vom Tod zu erretten, der Arbeiterklasse und überhaupt allen Opfern des Kapitalismus, das heißt: der großen Mehrheit der Menschen in allen sogenannten Kulturstaaten Schutz zu verschaffen gegen die, für Leib und Leben verderblichen, die Grundlagen eines menschenwürdigen Daseins zerstörenden Wirkungen der kapitalistischen Produktion.

Und wie bei einer Waffenruhe auf blutgetränktem Kriegsschlachtfeld die Feinde von heute und von morgen achtungsvolle Rücksicht gegen einander zu beobachten, so macht sich auch auf diesem Kongress bei allen Parteien sichtlich das Streben bemerkbar, den Gegner nicht zu verletzen. Ob diese Stimmung bis zum Ende des Kongresses aushalten wird, das bleibt allerdings abzuwarten.

Wenn wir von „allen“ Parteien reden, so sind damit wesentlich zwei Parteien gemeint, welche zusammen neun Zehntel des Kongresses ausmachen: die Sozialdemokratie und die katholische Arbeiterpartei. Die Vertreter der Sozialdemokratie bilden, was ja den wirklichen Verhältnissen entspricht, die absolute Majorität des Gesamt-Kongresses, und auch der einzelnen nationalen Delegationen, mit Ausnahme von Deutschland und der Schweiz.

Aus Deutschland sind, neben der Sozialdemokratie, die heterogensten Elemente zusammengekommen: katholische und protestantische Sozialreformer, eine überaus gemischte Gesellschaft von Philantropen und politischen Eigenbrötlern, die keine Partei hinter sich haben. In der Schweizer Delegation sind die katholischen Sozialreformer sehr zahlreich.

Und obgleich im Augenblick, wo wir dies schreiben, die Anmeldungen zum Kongress noch fortbauern, so steht doch so viel bereits fest, daß neben der sozialdemokratischen Partei die katholische Arbeiterpartei die einzige Partei ist, welche auf diesem Kongress ins Gewicht fällt. Der protestantische Arbeiterfang hat sehr wenig Ertrag geliefert.

Was immer der jetzt in Zürich versammelte internationale Arbeiterschutz-Kongress beschließen und was

immer das praktische Ergebnis seiner Beratungen und Beschlüsse sein wird — darüber kann kein Zweifel obwalten, daß der sozialistische Gedanke den Kongress beherrscht, und daß der demokratische Gedanke auf die katholische Arbeiterpartei, so wie sie in dem Kongresse vertreten ist, einen starken Druck ausübt. Daß die Vertreter der katholischen Arbeiterpartei einstimmig sich für die sozialistische Fassung der Resolution betreffend die Sonntagruhe entschieden, und daß sie auch fast einstimmig — unter den 386 Delegierten war nur einer gegen den Antrag! — eine Sympathie-Erklärung an die für den Achtstundentag kämpfenden englischen Maschinen-Arbeiter annahmen, ist immerhin eine bedeutungsvolle Thatfache.

Genug — der Anfang des Kongresses war gut. Möge unser Urtheil am Schluß lauten können: Ende gut, alle's gut!

Die deutsche Rechtspartei, die monarchischen Partikularisten in Hessen, Hannover u. s. w., die mit der Entwicklung der deutschen Zustände durch und nach 1866 nicht einverstanden sind, eine kleine Gruppe dynastischer Schwärmer, ehelicher Leute und schlechter Musikanter hat auf ihrem dieser Tage abgehaltenen Kongresse zu Frankfurt Resolutionen angenommen, die es als unbedingt nöthig bezeichnen, daß sowohl von reichstendischer wie von österreichischer Seite die Wiedervereinigung Oesterreichs mit Deutschland als für beide Theile unerlässlich anerkannt werde, und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkte einerseits der Erhaltung der nothwendigen deutschen Einigung, andererseits der Unantastbarkeit der habsburgischen Monarchie bei voller Anerkennung der geschichtlich politischen Eigenberechtigung ihrer Völker. Die deutsche Rechtspartei tritt für die Lösung dieser Aufgabe ein zugleich mit dem weiteren Ziele eines föderativen Zusammenschlusses Mitteleuropas.

Podbielski. Die „Germania“ hat sich der Mühe unterzogen, der parlamentarischen Vergangenheit des Herrn v. Podbielski nachzugehen und sie kommt dabei zu dem Resultat, daß er in besonders hervorragender Weise militärische Interessen jedenfalls nicht vertreten habe. „Es trifft allerdings zu,“ schreibt sie, „daß Herr v. Podbielski sich um die Erhöhung der Marsch- und Quartierverpflegung, sowie auch die Vergütung für Spambienste bemüht hat, sonst kann er aber nicht als Freund hoher Bewilligungen gelten. Insbesondere ist Herr v. Podbielski der Vermehrung der Marineausgaben keineswegs gewogen und hat dies bei den kritischen Abstimmungen wiederholt bewiesen. Den berühmten „Abmarsch der Kaniber“ am 9. März 1894 machte auch Herr v. Podbielski mit („Kein Kanib, keine Kanibne!“). Als es sich um die erste Rate für den Panzer „Ersatz Preußen“ handelte, fehlten ohne Entschuldigung 18 Konservative, 4 stimmten dagegen, unter ersteren auch v. Podbielski; ebenso beim „Ersatz Leipzig“, gegen den 10 Konservative stimmten, 18 ohne Entschuldigung fehlten, unter ihnen ebenfalls v. Podbielski. Die Forberung kam dadurch 1894 zu Fall. Am 1. März 1895 fehlten wieder 18 Konservative ohne Entschuldigung bei der Abstimmung über Ersatz Leipzig und 10 erklärten: „Wir enthalten uns der Abstimmung. Unter ersteren war wieder v. Podbielski. Eine besonders stramme Vertretung der militärischen und Marine-Interessen kann man dies nicht nennen.“

Bei ihrer etwas böshafter Erinnerung, die fast den Anschein erwecken könnte, als ob die Begeisterung für Flottenvermehrungen nicht als Vorbedingung für die Uebernahme eines Ministeriums zu gelten habe, vergißt die „Germania“ nur, daß das Jahr 1896/97 in Bezug auf die Beurtheilung von Marinefragen bei Herrn von Podbielski eine gewaltige Aenderung hervorgerufen hat, deren Gründe oft genug erörtert worden sind. Mit dem bekannten schweren Herzen, um den Rückzug zu maskiren, haben die konservativen Agrarier: Mann für Mann für sämtliche Schiffsbauten gestimmt. Im Himmel aber ist mehr Freude über einen Sünder, der Buße thut, denn über 99 Gerechte.

Zur Affäre Tausch schreibt heute die „Nordd. Allg. Zeitung“:

„Gegenüber der neuerdings wieder in der Presse aufgetauchten Behauptung, dem Kriminalkommissar v. Tausch sei ein zeitlich unbeschränkter Urlaub ertheilt worden, können wir als zuverlässig mittheilen, daß der dem Kriminalkommissar v. Tausch gewährte Urlaub auf Grund ärztlicher Atteste allerdings verlängert ist, aber unter der Bedingung, daß Herr v. Tausch diesen Urlaub unterbricht, sobald seine Vernehmung in der gegen ihn bekanntlich schwebenden Disziplinaruntersuchung erforderlich sein wird.“

Bis jetzt hat, wie wir hören, eine solche Vernehmung nicht stattfinden können, weil die dazu unentbehrlichen, beim Reichsgericht befindlichen Gerichtsakten der die Untersuchung führenden Behörden noch nicht zugänglich sind.“

Für die Reichstagsersatzwahl in der Westpreignig ist die Auslegung der Wählerlisten auf den 20. September festgesetzt. Da vier Wochen nach der Auslegung die Wahl stattfinden kann, so könnte die Wahl also schon auf den 19. Oktober anberaumt werden. Eine amtliche Bekanntmachung über einen früher angegebenen Termin der Wahl (29. Oktober) liegt nicht vor.

In Jugoslawien ist am 24. August ein heftiger Kampf zwischen dem Centrum und dem bayerischen Bauernbund diesmal noch zu Gunsten des Centrums entschieden worden. Bei der Landtagsnachwahl wurde der

Centrumskandidat Domkapitular Dr. Schaedler 92 Stimmen gewählt. Der bauernbündlerische Gegenkandidat Kleitner erhielt 26 Stimmen.

Wenn das Centrum auch diesmal noch gesiegt hat, so machen sich doch innerhalb der Partei zahlreiche Stimmen bemerkbar, die es für sehr bedenklich erklären, um einen bisher so sicheren Wahlkreis ein derart heftiger Kampf geführt werden muß. Der Sorge, daß der Kampf gegen den Bauernbund sich erst in den Anfängen seiner Entwicklung befindet, giebt auch die „Germania“ Ausdruck, indem sie mahnend ausführt:

Wenn die Centrumsopposition in dem früher so sicheren Wahlkreis gefährdet schien, so ist dies auch auf beklagte werthe Verkümmerte in der Centrumpartei zurückzuführen. Mehr Organisation, mehr Agitation thut die Partei. Selbst zur Wahlzeit fehlt es daran. Die berufenen Führer üben eine bedauerliche Zurückhaltung, wofür Gründe geführt werden, die für sie geradezu beleidigend sind, und nicht vor dem Bauernbund.

Bei dem indirekten Verfahren, das in Bayern bestanden hat, hatten die alten Wahlmänner zu entscheiden. Die große Masse der Urwähler kam nicht in Frage, nur dieser Thatfache hat Schaedler seinen „Sieg“ danken. Eine Verschiebung ist aber zu konstatiren. Die mal hat Schaedler 40 Stimmen nicht erhalten. 188 waren es nur 12. 26 Stimmen fielen auf Dr. Kleitner, weit weniger, als der Bauernbund erwartete, aber doch genug, um die Centrumsführer zu ängstigen.

Holland.

Die Stichwahl in Enschede ergab, wie gestern bereits kurz berichtet, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei einen glänzenden Sieg. Trotzdem die Gegner ihren allerbesten Mann an die Urne schleppten und die Wahltheiligung auf 8109 von 8700 Wählern, also auf 93 Prozent stieg, siegte die Genosse van Kol mit 54 Stimmen Mehrheit. Er erhielt 5444 Stimmen, die Ultramontane Ter Beer 3876 Stimmen. Damit hat die sozialdemokratische Partei einen zweiten Vertreter in niederländischen Parlament gewonnen.

Für das Wachsen des Einflusses der jungen Partei ist es bezeichnend, daß die Textilarbeiter des Kreises, welche auf dem Kongress in Roubaix durch den „Revolutionsär“ Lantier vertreten waren, sich mit Feuereifer an der Wahl betheiligt haben, obwohl ihre Delegirten sich auf dem Kongress gegen die politische Aktion ausgesprochen. Die Vernunft gewinnt die Oberhand.

Frankreich.

Panama. Der Untersuchungsrichter Poittevin wird nunmehr auf dem Staatsanwalt seine Aktenstücke betreffend die Panamaaffäre, übergeben. Darin sind Strafanträge gestellt gegen Maquet, Boyer, Maret, Laifant, Richard, Miegand und Galard. Gegen den Senator Leroy wird nicht gerichtlich vorgegangen, da dessen „Gefundheitszustand“ ihn außer Stand setzt, sich zu vertheidigen!

Spanien.

Die Sache der Spanier zeigt sich nach Mittheilungen aus Madrid sowohl auf den Philippinen, wie auf Kuba wirklich als eine trostlose. Nach fast drei Jahren unaufhaltsamer Kämpfe ist es dem General Wheeler, der über eine ansehnliche Heeresmacht verfügt, nicht gelungen, die durchgängig ebenen, mit Straßen und Eisenbahnen durchfurchten westlichen Provinzen von Insurgenten zu säubern. Die gebirgigen und waldigen östlichen Provinzen sind ganz in den Händen der Aufständischen. Das spanische Operationsheer hat — man bezweifle dies nicht im geringsten — seit sieben Monaten keinen Sold mehr bezogen. Nothdürftig gekleidet und genährt erliegt es majestätisch dem mörderischen Klima der großen Antille und so bergen zur Zeit die Militärspitäler auf Kuba über 35 000 Kranke. Soll der Krieg weitergeführt werden, so müssen in Walde weitere 20 000 Mann zum Ausfüllen der entstandenen Lücken übergesetzt werden. Auf den Philippinen stehen die Dinge nicht viel besser. Amtlich wird berichtet, der fünfte Theil des Operationsheeres liege krank in den Spitälern. Da die spanische Verwaltung die Soldaten nur von Zeit zu Zeit bezahlt und immer monatlang im Rückstande ist, so ist die Zahl der Desertionen ganz bedeutend. Die philippinischen Insurgenten verfügen über große Geldmittel und versprechen den Ueberläufern besseren Sold. In einem Aufrufe, den vor Kurzem der Insurgentenführer Aguinaldo erlassen hat, heißt es unter Anderem: „Unter unseren Fahnen streitet bereits eine große Anzahl von edelbenedenden und gerechtigkeitsliebenden Spaniern.“ Das ist gewiß ein für die Spanier bedenklicher Umstand. Trotzdem der General Rivera noch vor Kurzem die ganze Kolonie für pazifizirt erklärt hat, dauert der Krieg mit ungeschwächter Wuth fort. Es giebt operirende Insurgentenschaaren in Cavite, Batangas, La Laguna, Bombales, Tarlac, Nueva Ecija, im Gebirge San Mateo und selbst in der nächsten Umgegend der Hauptstadt Manila. Nicht selten werden in den Straßen der Vorstädte Schüsse gewechselt. Die Bewaffnung der Aufständischen bessert sich immer mehr; Kleider brauchen sie keine, weil sie gewöhnt sind, halbnackt zu gehen, und was die Mundvorräthe betrifft, so bestehen sie aus Reis und Fischen, und daran wird auf den Philippinen nie Mangel sein. Also auch hier wird Spanien, gerade wie auf Kuba, mit Waffengewalt absolut nichts ausgerichtet können.

Einzelheiten zur Hinrichtung Angiolillo. Die „Pet. Rep.“ bringt folgende Details über die Hinrichtung des anarchistischen Attentäters.

Er hat sich schon früher beklagt über die zudringlichen Besuche der Geistlichen, obwohl er ihnen von vornherein erklärt habe, sie werden von ihm nichts erhalten;

noch im letzten Augenblick hat er den Geistlichen, der ihn zur Reue ermahnt hat, mit den Worten zurückgewiesen: „Da Sie mich nicht aus dem Gefängnis befreien können, so lassen Sie mich in Ruhe. Mit dem Herrgott werde ich mich selbst abfinden.“

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag hat er einige Stunden geschlafen; er erwachte mit dem Morgengrauen. Während der letzten 24 Stunden hat er keinen Augenblick die Ruhe verloren; sein Puls zeigte, nach den Bestimmungen des Arztes, nicht mehr als 70 bis 72 Schläge. Gegen 8 Uhr nahm er eine Tasse Schokolade zu sich und dazu ein Glas Wasser. Gegen 9 Uhr ist ihm ein langer Brief von seiner Mutter übergeben worden, der er kurz antwortete. Als man ihn fragte, was mit dem Brief seiner Mutter geschehen soll, hat er, man möge den Brief mit ihm in den Sarg legen.

Eine halbe Stunde vor seinem letzten Gang trank er noch eine Tasse Bouillon.

Noch in diesem Augenblick hatte er die Versuche der ihm weniger Nahestehenden, ihn zu sprechen, zurückzuweisen.

Als der Fenster kam, um ihn, nach dem Gebrauch, um Verzeihung zu bitten und ihm das Kleid und die Mütze der zur Hinrichtung Verurtheilten zu übergeben, hat er zunächst dagegen Einwände gemacht, jedoch, als ihm erklärt wurde, dass sei gesetzliche Bestimmung, nahm er die Kleider an und hat sie sich selbst angezogen; die Mütze setzte er so auf, daß das Kreuz nach hinten zu stehen kam. Er ließ sich die Hände binden, nachdem er den Fenster zum Zeichen der Verzeihung umarmt hat. Er ging festen Fußes ohne fremde Hilfe von seiner Zelle bis zum Fuße des Schaffots, das an der äußeren Gefängnismauer aufgerichtet war. Dort nahm er Abschied von den Richtern und seinem Verteidiger, er ging allein, ohne Hilfe des Fenster, die 24 Stufen hinauf, legte sich auf die Bank und hat um die Erlaubnis, ein einziges Wort zu sagen. Dann sprach er mit klarer Stimme: „Vernunf!“ (Eigentlich „Reimonat“, also die Zeit der aufkeimenden Frucht.)

Er schlug das Kreuz ab, ihm das Gesicht zu verdecken. Der Fenster gab eine und noch eine halbe Umdrehung der Kurbel, und alles war aus.

Das Blatt fügt noch hinzu, daß nach glaubwürdigen Mittheilungen die spanischen Fenster im letzten Augenblick sich mit einer unmenschlichen Barbarei aufgeführt haben. Der Fenster soll die Bewegung der Maschine so sehr verlangsamt haben, daß man an den Fackeln des Delinquenten hat merken können, welche schrecklichen Qualen er zu erdulden hatte.

Rußland.

Die Fenster auf. Nach einem lebhaften Depeschenwechsel zwischen Warschau und Petersburg ist der Befehl des Gouverneurs, daß beim Einzuge des Zaren in Warschau alle Thüren und Fenster zu schließen seien, wieder aufgehoben worden.

Asien.

Vom indischen Kriegsschauplatz. Die gestern erfolgte Meldung von der Zerstörung des Forts Ali Musjid wird durch die folgende Mittheilung aus London ergänzt:

Indischen amtlichen Depeschen zu Folge ist jetzt der ganze Kohabarpaß in der Gewalt der Afridis. Ali Musjid wurde geräumt; die Besatzung, aus Afridis bestehend, ging zum Feinde über. Das Fort wurde später vom Feinde besetzt und niedergebrannt. 4000 Afridis drangen nach Lukarai vor, wahrscheinlich um zu foragieren, da es ihnen angeblich an Lebensmitteln und Schießbedarf mangelt. Die Drazai-Stämme griffen Marai und andere Punkte im Kurramthale an. Ein Angriff auf Sabda wird erwartet.

Die Thatfache, daß die in indischem Dienst befindlichen Afridis, welche zur Besatzung des Forts gehörten, desertirten, kennzeichnet die große Gefahr des Aufstandes für die Engländer. Denn in den indischen Regimentern, denen der Schutz der Grenze gegen Norden anvertraut ist, befindet sich eine beträchtliche Zahl einheimischer Soldaten, auf deren Zuverlässigkeit jetzt die britischen Befehlshaber nicht mehr rechnen können. Die Disziplin jeder Truppe aber wird erfahrungsgemäß durch nichts mehr gelockert als durch Fülle der Desertion. Mit dem Stammesgefühl wird bei den einheimischen Truppen auch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Islam erwachen. Die Afridis fühlen sich bereits stark genug, den Engländern die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen sie gegebenen Falls die Waffen niederlegen wollen. Daß die indische Regierung nicht daran denkt, unter irgendwelchen ihr von den Aufständischen diktierten Bedingungen, und seien es die denkbar günstigsten, in einen Frieden oder Waffenstillstand zu willigen, der die Aufständischen als Sieger erscheinen ließe, liegt auf der Hand. Denn das wäre das Signal zum Aufstand der Mohammedaner und Hindus im Innern Indiens, unter denen es seit Langem gährt und die, so feindselig sie sich sonst gegenüberstehen, einmüthig sind in dem gemeinsamen Haß gegen die englischen Unterdrücker.

Eine Simlaer Drahtung der „Times“ besagt, „die Afridis enthielten sich am Dienstag aktiver Feindseligkeiten und blieben im Gebirge, wo dieselben vorläufig sicher gegen jeden Angriff seien. Sie hatten die Kühnheit, Bedingungen zu stellen, unter denen sie sich zerstreuen wollen. Diese Bedingungen sind: Abzug der britischen Truppen aus Swat und Samana, Auslieferung aller innerhalb der

indischen Grenze lebenden Afridifrauen und Revision des Salzreglements.

Der regelrechte Krieg gegen England ist also in vollem Gange.

Lübeck und Nachbargebiete.

27. August.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Tüpfelern nach Ostern, Schlossern und Maschinenbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, S. W. Th. Bahrdt, J. P. S. Kamperin, F. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Ein neuer Schlag gegen die Arbeiterorganisationen. Die Erhebung der bekannten Zivillage der Möbelfabrikanten gegen den „Lübecker Volksbock“ giebt dem Amtsblatt eigenthümlicher Weise Veranlassung, die Thatfache zu registrieren, daß wegen Zuzugswarnung der Genosse H. O. R., Reichstagsabgeordneter und Redakteur des „Fachs-Genossen“, Organ der Glasarbeiter, wegen großen Unfugs verurtheilt worden ist. — in Sachen natürlich. Soll das vielleicht den Wunsch bedeuten, daß man auch auf diese in nicht mehr ungewöhnlichen Wege gegen uns vorgehen soll? Uns soll es recht sein. Doppelt hält besser. Was die Erhebung der Zivillage selbst anlangt, so bemerkt dazu das Zentralorgan unserer Partei, der „Vorwärts“:

Man kann auf den Ausgang dieses Prozesses gespannt sein. Daß die Klage überhaupt anhängig gemacht werden konnte, ist nach den Urtheilen, welche in Preßprozeßen in Lübeck gefällt worden sind, nicht überaus überraschend. Schlimm ist für die Lübecker Unternehmer nur, daß die letzte Instanz in diesen Prozessen nicht im Lübecker Haupttribunal liegt, es also immer noch anders kommen kann, als wie die Lübecker Justiz und Arbeitende wünschen.

Es ist selbstverständlich, daß, falls die erste Instanz ein für uns ungünstiges Ergebnis hat, wir weitergehen werden. Ueberhaupt dürfte es noch gute Wille haben, eher aus der Sache etwas Greifbares herauskommt. Ein Urtheil im Sinne des Klageantrages würde gleichbedeutend sein mit einem absoluten Verbot, irgendwie durch Druckdristen das in § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Recht der Arbeiter zu vertreten. Gegen einen derartigen Versuch werden wir uns mit allen rechtlichen zu Gebote stehenden Mitteln bis auf das Allerletzte wehren. Herr Reichstagsabgeordneter Dr. W. G. als juristischer Sachwalter der Jenferseite braucht sich nicht einzureden, mit uns so leichten Kaufes fertig werden zu können.

Den Mitgliedern der Damenkapellen steht, wie ein Berliner Blatt berichtet, eine Ueberraschung bevor: ihre Heranziehung zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung. Bisher wurden die Genannten stets von der Beitragspflicht entbunden, da man sie zu dem „künstlerischen Personal“ rechnete. Seit einiger Zeit sind aber die Beamten der Versicherungsanstalt dahin thätig, das Nationale der Kapellenleiter und Mitglieder der Kapellen aufzunehmen. Auf eine Antrage wurde von der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin erwidert, daß sich dies lediglich aus dem Engagementsverhältnis ergebe. Wer nach § 32 engagirt worden sei (Opernsänger, Sängerinnen u.), sei nicht versicherungspflichtig, nach § 33 a jedoch stets. Dies treffe bei den Damenkapellen zu, weshalb diese Art Musiker nicht zum künstlerischen Personal rechnet, mithin versicherungspflichtig sei. Es ist auch eine bittere Ironie, etwa die „blinden“ Geigenkünstlerinnen in den Damenkapellen zu den Künstlerinnen zu rechnen.

Wohlfelder „Patriotismus“. Für einen „Flotten-erwerbungsfonds“ wird seitens der Deutschen Kolonialgesellschaft der Klingelbeutel geschwungen. Man glaube aber bei Leibe nicht, daß unsere Kolonialfanatiker sich „ernannt“ hätten und einige Panzerschiffe oder Kreuzer für die deutsche Flotte auf eigene Kosten stiften wollten. So tief greifen die „echten und wahren Patrioten“ nicht in die Tasche, stattdessen sie von jeder den Standpunkt vertreten haben, daß der Patriotismus nicht viel kosten darf und daß beim Geldbeutel die Gemüthlichkeit und manches Andere aufhört. Die „patriotischen“ Sammlungen für Beschaffung von Kriegsschiffen haben denn auch bisher immer ein recht klägliches Resultat erzielt. Reichte doch eine von „patriotischen“ Braunschweiger Jungfrauen veranstaltete Spende kaum einmal hin, die Flaggenmasten für ein Kriegsschiff zu beschaffen, weshalb denn auch der Marinechef die Spende für befagten Zweck dankend ablehnte. Die Kolonial-Patrioten sind denn auch gewiß genug, um sich nicht ihrerseits auch noch eine Blamage zu holen, und sie betonen deshalb in ihrem Aufruf zu den Sammlungen für den „Flotten-erwerbungsfonds“: „Nicht liegt es in unserer Absicht, auf diesem Wege etwa Mittel für neu zu erbauende Schiffe aufzubringen, vielmehr soll das Ergebnis der von uns zu veranstaltenden Sammlung ausschließlich dem Zwecke dienen: der Ueberzeugung, daß es nur durch eine starke deutsche Flotte gelingen kann, „das größere Deutsche Reich fest an unser heimisches zu gliedern“, in möglichst weiten Kreisen durch Wort und Schrift Eingang zu verschaffen.“ — Wann will also wahrscheinlich eine Art „Reptilienfonds“ sammeln, der als „Schmerzgelb“ für „patriotische“ Zeitungsschreiber und dergl. dienen soll, damit diese durch ihr Geschreibsel Profelien für die „Flottenbegeisterung“ machen und schließlich bewirken, daß

andere Leute die Fracht bezahlen, die von den Kolonial-Expeditanten gemacht worden ist.

Verweilen der Räume innerhalb der Bahnsteigsperre ohne Bahnsteigkarte. Nach einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten kann der freie Zutritt zu den öffentlichen Bahnsteigen den Personen gestattet werden, die zu den Wohnungen oder Wirtschaftsräumen, welche nur durch die Sperre zugänglich sind, Zutritt wünschen. Zu letzteren gehören auch die dem Bahnhofsweilichen überliegenden, innerhalb der Sperre gelegenen Wirtschaftsräume. Die Angabe eines bestimmten Zweckes, welcher mit dem Besuch verbunden wird, ist nicht erforderlich. Zu den Personen, welchen freier Zutritt zu gestatten ist, gehören nicht nur solche, welche die betreffenden Beamten, Arbeiter oder Bahnhofs-wärter, sondern auch diejenigen Personen, welche deren Dienstpersonal oder sonstige, zum häuslichen gehörigen Personen be-treffen wollen. Die freien Zutritt verlangenden Personen haben dem Bahnsteigwächter mitzuteilen, wen sie aufsuchen beabsichtigen. Beim Verlassen des Bahnsteigs haben sie dem Bahnsteig-schaffner eine Bescheinigung des Beamten oder Bahnhofs-wärters abzugeben. Die Formulare hierzu werden seitens der Betriebs-inspektion den in Betracht kommenden Beamten und Bahnhofs-wärtern überwiesen. Da, wo eine häufigere Veranlassung zum Verweilen der abgesetzten Wohnungen und Wirtschaftsräume vorliegt, werden Erlaubnisformulare ausgestellt, so für Schlächter, Bäcker, Milchindler und dergleichen Personen, die regelmäßig ihre Waaren bringen.

Vom Tege. Gestohlen wurden einem Dienstmädchen in der Victoriastraße ein Portemonnaie mit 10 Mark, und einem in der Lachswinkelallee dienenden Mädchen 15 Mark.

Ein ziemlich bedeutender Feuerschein war heute Morgen in der Richtung nach Steinrade sichtbar. Gegen 9 Uhr konnte man nach den aufsteigenden Rauch bemerken, Anscheinend in in genanntem Dorfe ein Gewebe oder auch ein großer Korndiemen niedergebrannt.

Muglikoffskaff. Gestern Nachmittag hatte ein Bleicher einen hiesigen Milchhändler M. (wohnt auf Belterstraße) mit auf dem Fuhrweel genommen. In der Nähe der Uebergangsbahnbarriere vor dem Hüttenhof schenkte die Pferde des Bleicherfuhrwerks und gingen durch. Während der Rittlicher nun eine leichte Stopfwinde erhielt, gingen die Räder dem M. über beide Beine. Der Schwerverletzte befindet sich jetzt im Allgemeinen Krankenhaus.

Die Akkursbehörde in Werberfagen lehnte das Gesuch des Wirths W. H. H. auf die Ertheilung der Konzession für eine in der Wittenhoffstraße in der Nähe der Fabrik von Ewers u. Co. zu errichtende Wirtschaft ab, erbatte dagegen dem Wirth A. P. P. die Genehmigung zur Erbauung einer Kegelbahn hinter seinem Hause Untertrave 75.

In das Handelsregister ist eingetragen: Am 26. Aug. 1897 auf Blatt 957 bei der Firma „Paul Würzburg“: Paul Würzburg, Kaufmann in Lübeck, ist als Gesellschafter eingetreteten. Diefene Handelsgesellschaft seit dem 16. Aug. 1897.

Testamentserröffnung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Montag, den 30. August 1897, Vormittags 10^{1/2} Uhr, wird eröffnet werden: das Testament des hieselbst am 11. August verstorbenen Senators Dr. jur. Franz Eduard Hermann Wittcher und das von demselben mit seiner Ehefrau Olima Sophie Eugenie geb. Kersting gemeinsam errichtete Testament.

Gras- und Torf-Verkauf. Am Dienstag, den 2. September d. Js., sollen die diesjährigen Gras-mathungen auf dem Westloer Moore des Straels-dorfer Fortreviers maßhaltend verpachtet und 30—40 Wille Stechtors in einzelnen Cavellingen verkauft werden. Die Verpachtung beginnt Morgens 10 Uhr beim Bahnbuch an der Brandenbaumer Scheide.

Im zoologischen Garten, der ja bedauerlicher Weise zur Zeit eine Krise durchzumachen hat, ist das Verweilen nach wie vor sehr anregend und amüfent. Die ausgezeichnete Pflege der schönen und vielfach seltenen Thiere besonders die Sauberkeit der Käfige, kurz und gut, die gesamte Einrichtung läßt nichts zu wünschen übrig. Die rührige Leitung des Gartens zeigt, daß sie den vielen Arbeiten gewachsen ist. Am kommenden Sonntag wird den Besuchern eine Illumination des Gartens geboten werden. Bei den vielen Veranstaltungen, welche im zoologischen Garten getroffen sind, ist ein dort verlebter Sonntag Nachmittag immer einer der unterhaltendsten, die man sich wünschen kann. Der Besuch kann daher Jedermann empfohlen werden.

Altona. Schwere Beschuldigung. Gegen den hiesigen Rechtsanwält W., dessen Mutter und Schwester ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie ein bedeutendes Vermögen, welches ein in Develgönne wohnhaft gewesener und verstorbenen Loothe hinterlassen, in strafbarer Weise an sich gebracht und dadurch zwei alte Leute, die Geschwister des Verstorbenen, geschädigt haben. Ob etwas Wahres an der Geschichte ist, wie das ein früherer Amtsrichter, auf dessen Veranlassung die Staats-anwaltschaft eingeschritten ist, behauptet, darüber dürfte die Untersuchung Klarheit bringen.

Altona. Unterschlagung von Kirchengeldern. Der bereits 60 Jahre alte Kaufmann Röhne aus Hörnerkirchen stand gestern vor dem hiesigen Landgericht, um sich wegen Unterschlagung von Kirchengeldern zu verantworten. Der Angeklagte, der in der Gemeinde Hörnerkirchen in gutem Ansehen stand, wurde vor einer langen Reihe von Jahren zum Kirchengeldkassierer erwählt. Anfangs verwaltete er sein Amt auch treu und gewissenhaft, als aber sein Geschäft herunterging und er verschiedentlich Wechselverpflichtungen übernommen hatte, die er nicht erfüllen konnte, so griff er die Kirchengelder an. In den letzten fünf Jahren hat er nach und nach 5696,83 Mk. unterschlagen. Die Unterschlagungen wurden ihm leicht gemacht, indem die Revisionen außerordentlich mangelhaft ausgeführt wurden.

Der Angeklagte behauptete, daß er die Absicht gehabt habe, die unterschlagene Summe durch Aufnahme einer Hypothek zu decken, daß er aber hieran durch seine Verhaftung, welche die Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen zur Folge gehabt, verhindert worden sei. Ueber seine Verhältnisse hinaus will er nicht gelebt haben, was ihm auch von einem Zeugen bestätigt wurde. In Rücksicht auf sein Alter, seine bisherige Unbescholtenheit und auch darauf, daß ihm die Unterschlagungen durch die mangelhaften Revisionen erleichtert seien, beantragte der Staatsanwalt nur eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Meinber. Feuer. Am Mittwoch Morgen 5 Uhr brach in einem zum Glinderhof gehörigen Arbeiterhaus in Folge des Umfallens einer Lampe Feuer aus, welches das Haus in kurzer Zeit zerstörte. Die Glinder Feuerwehre war herbeigeeilt, doch konnte dieselbe nichts mehr retten, da das Haus bereits niedergebrannt war. Leider haben bei dem Feuer zwei Mädchen starke Brandwunden erlitten, so daß sie in's Meinberer Krankenhaus gebracht werden mußten.

Glensburg. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag Nachmittag in Nabeln (Ostangeln). Ein Schmiedegessele aus Gelling passierte die nicht in Gang befindliche Windmühle des genannten Dorfes, als durch den starken Sturm plötzlich ein größeres

Stück von einem Mühlensflügel losgerissen und mit solcher Kraft gegen den Passanten geschleudert wurde, daß ihm ein Bein vollständig vom Körper abgerissen ward. Man schaffte den Verunglückten sofort nach Kappeln in's Krankenhaus.

Benzlin. In der bekannten Rothländer'schen Bankrottaffaire, über die wir bereits mehrfach berichtet haben, ist den Beteiligten jetzt die Anklageschrift zugestellt worden. Da sich die Angelegenheit seit Februar hingezogen hat und in der letzten Zeit nur wenig darüber verhandelt, glaubten die Beteiligten schon, daß nicht viel dabei herankommen würde, um so größer ist jetzt die Aufregung, da nicht weniger als 37 Personen in den Anklagezustand versetzt worden sind. Die Anklageschrift ist gedruckt und enthält 50 Druckseiten. Viele der Beteiligten haben Verteidiger in Gilstrow, Schwerin, Rostock und Berlin angenommen und wollen noch erhebliche Beweisaufträge stellen.

Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:
Von einem Mitgliede der Genossenschafts-Bäckerei 4 Brodmarken à 50 Pfg.
Weitere Gelder nimmt gern entgegen
Die Expedition.
Johannisstraße 50.

Stern-Ganz-Richmarck.

Hamburg, 26. August
Der Schweinehandel verlief gut.
Krausheit wurde 1050 Stück. Preise: Reihendtschweine schwere 56-58 M., leichte 56-58 M., Sänen 41-52 M. und Ferkel 51-56 M. pr. 100 Stk.

See-Berichte.

- D. „Ludwig“, Kapl. Förster, ist am 26. August in Kronstadt eingetroffen.
- D. „Frey“, Kapl. Galin, ist am 26. August in Naumo angekommen.
- D. „St. Torstenen“, Kapl. Johannsson, ist am 26. August in Stockholm angekommen.
- D. „Trave“, Kapl. Meislan, ist am 25. August in Kronstadt angekommen.
- D. „Neva“, Kapl. Prestin, ist am 25. August von Kronstadt auf hier abgedampft.
- D. „Castor“, Kapl. J. Albers, ist am 26. August von Emmerich thalwärts gegangen.
- D. „Imatra“, Kapl. Schöning, ist am 25. August von Lovisa auf hier abgegangen.
- D. „Stadt Lübeck“, Kapl. Krause, ist am 26. August in Memel angekommen.
- D. „Livadia“, Kapl. Wendefeldt, ist am 26. August in Swinemünde angekommen.
- D. „Burg“, Kapl. Thiel, ist am 26. August in Königsberg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Eintausen sich auf unser Blatt zu berufen.

Verpätet.
Minna Dettmann
gen. Konert
Richard Fredup
Verlobte.
Berlin, den 25. August 1897.
Uns Fräulein **Liese Jacob** de fall leben, weil Sünabend er'n Geburtsdag is, doch büf je de Swien nu de Gurken nich vergeten, sünst ward de Swien mager un de Gurken stiebigt. All Fräun de leen Hunger un Düst wöld lieben, de gab na de Schwartauer Chaussee Nr. fief.

Zu vermieten ein Logis
Hackenburger Allee 61.
Gesucht zu sofort ein tüchtiges Mädchen
Wilh. Walf, Hügelthor-Allee 5.
Zu verkaufen zwei neue große Markart-Bonquets mit Wafen (5 M.)
Zu besehen Nachmittags Belzerstr. 3, 2. St.
Gefunden am vorigen Sonntag in Straelsdorf ein Damenschirm. Abzuholen Augustenstraße 15, 2. St.

Avis für Barbieren.
Etaladen mit guter Kundschaft in St. Lorenz zum 1. Oktober zu vermieten.
Näheres Hansstraße 30 a.
Französische Kartoffeln, Faß 60 Pfg., Magnum bonum, Faß 50 Pfg., rothe Faß 40 Pfg. empfiehlt
A. Hansen, Distere Duerstraße 6.
Hochfeine französische Eierkartoffeln
Faß 50 Pfg. empfiehlt
Ernst Dose, obere Fischergrube 24.
Neue
Sommerfang-Floh-Heringe
empf. **Ludw. Hartwig,** Obertrave 8.
Frische Eier, 7 Stück für 30 Pfg.
Feinste Meiereibutter, Pfd. 1.20 M.
Sehr schöne Hofbutter, Pfd. 90 Pfg.
ff. Griebenschmalz, Pfd. 50 Pfg.
ff. Bratenschmalz, Pfd. 40 Pfg.
Ger. Landwurst, 1 und 1,10 M.
Fetten u. mageren Speck, Pfd. 80 Pfg.
sowie sämtliche Colonialwaaren zu den billigsten Preisen empfiehlt
J. C. W. Blöds, Kupferschmiede-straße 7.

Die Schweineschlachtere
von
W. Strohhfeldt
73 Glockengießerstraße 73
empfiehlt
Friscbe Flohmen, Pfd. 60 Pfg.
Carbonade Pfd. 70 Pfg.
Quenfleisch Pfd. 50 Pfg.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pfg.
Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pfg.
Sopf und Bein Pfd. 20 Pfg.
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pfg.
Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pfg.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

Eine Parthie Speck
Pfd. 60 Pfg.
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hügelstr. 96.

Die Zündwaarenfabrik
von
Hermann Priester, Lauenburg in Pommern,
erlaubt sich darauf aufmerksam zu machen, daß ihre fast geruchlosen und schwefel-freien (durch Deutsches Reichspatent Nr. 90930 und viele Auslandspatente geschützten)
Sicherheits-Zündhölzer
bis jetzt die **einzigen** des Handels sind, welche **thatsächlich** keinen Schwefel enthalten.
Diese Hölzchen sind in allen besseren Geschäften vorräthig und befindet sich das Lager bei
Otto Schweichler, Lübeck.
Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
Inh.: **G. Teichgräber.**

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Bentzstraße 2.
Sobald ist erschienen:
Die Majestätsbeleidigungen vor dem Reichstag.
Stenographischer Bericht
über die Reichstagsverhandlungen vom 12. Mai 1897.
3 Bogen Großtafel. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.
Um diesen Verhandlungen, die neben den Debatten über das reaktionäre Attentat auf das Vereinsrecht heute im Vordergrund der politischen Diskussion stehen, die weiteste Verbreitung zu geben, haben wir zur
Massenverbreitung durch die Vertrauensleute, Agitationskomitees u. s. w.
neben der Broschüren-Ausgabe eine
Agitations-Ausgabe
veranstaltet, die wir zu 60 Mf. pro 1000 Exemplare abgeben können.
Zu beziehen durch die Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Einladung zum
Partei-Fest
verbunden mit
Garten-Concert, Illumination und nachfolgendem Ball
zu Ehren der Delegirten des Mecklenburgischen Parteitages
am Sonntag den 5. September
im Vereinshaus, Johannstraße 50.
Anfang des Concerts: 5 Uhr; des Balles: 8 Uhr; der Illumination des Gartens: bei einbrechender Dämlichkeit.
Entree für Herren 30 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 10 Pfg.
Ende 2 Uhr.
Das Comitee.

Probiren Sie bitte
Ludw. Hartwig's
streng
naturell geröstete Caffee's
das Pfund zu 1 Mf. und 1,20 Mf.
Hochfeine Margarine, Pfd. 55 Pfg.
Feine Margarine, Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 5 Pfd. u. mehr billiger.
Reinestes Schmalz, bei 5 Pfd. à 35 Pfg.
Landmettwurst, Pfd. 1 Mf.
empfiehlt
Joh. Breede,
Danwardstraße 37. Mühlenbrücke 7.

Friscbe Hof-Butter
empfiehlt **Frommhagen, Mühlenstr. 81.**
Margarine
flets frisch, pr. Pfd. 50, 55 und 60 Pfg.
Heinr. Cords, Engelswisch 35.
Spezialladen für Margarine rechts.
Margarine.
Empfehle allen Hausfrauen die vorzügl. Marke „ff. Creme“, Pfd. 60 Pfg., 2 Pfd. 1,15 und 4 Pfd. à 57 Pfg., „feine Tafel“, Pfd. 50 Pfg., 2 Pfd. 95 und 4 Pfd. à 47 Pfg.
zum Brothelag, Koch- und Backwecken.
J. C. W. Blöds, Kupferschmiedestraße 7.

Kronsbereen,
täglich frisch, empfiehlt
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.
Warnung
vor unnützen Mehrausgaben beim Einkauf eleganter und dauerhafter
Herren- u. Knaben-Garderoben.
Um das übernommene Waarenlager so schnell wie möglich zu räumen und zu Geld zu machen, verkaufen wir gegen Cassa zu nochmals reduirten
Schlenderpreisen:
Eine Parthie Herren-Anzüge
sont M. 10-14, jetzt nur M. 6 an.
Eine Parthie Herren-Anzüge
sont M. 16-20, jetzt nur M. 10 an.
Eine Parthie hochfeine Anzüge
sont M. 27-43, jetzt nur M. 18 an.
Eine Parthie Herren-Paletots
sont M. 14-20, jetzt nur M. 7 an.
Eine Parthie elegante Paletots
sont M. 20-40, jetzt nur M. 14 an.
Eine Parthie Herren-Jackets
sont M. 7-18, jetzt nur M. 3 an.
Eine Parthie Herren-Hosen
sont M. 3-7, jetzt nur M. 1,50 an.
Eine Parthie Jünglings-Anzüge
sont M. 8-15, jetzt nur M. 4,50 an.
Eine Parthie Knaben-Anzüge
sont M. 2,50-7, jetzt nur M. 1,25 an.
Arbeitersachen werden jetzt zu Spottpreisen geräumt.
Lübeck's gr. und bill. Einkaufsquelle
Welthaus, Goldene 33'
nur Breitestraße 33, eine Treppe hoch.
Niemand verküme solchen Gelegenheitskauf!
Kein Laden.

Restaurant Gothmund
20 Minuten
von der Endstation der Straßenbahn entfernt.
Täglich:
Friscbe Fische, Barsche, saure und gebackene Aale.

Vereinigung
der Schmiede Lübeck's.
Einladung zum Sommerfest
bestehend aus
Concert, Ball, Herren-, Damen- und Kindervergügen
unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „EINIGKEIT“
am Sonntag den 29. August 1897
im Lokale Neu-Lauerhof.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr Morgens.
Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei.
Das Comitee.

COLOSSEUM
Morgen Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

10. November 1896 bis 25. Juni 1897.

(Schluß.)

Zunächst hat die leidlich feste Haltung des Reichstages wenigstens bewirkt, daß die Reichsfinanzen bei dem infolge des guten Geschäftsganges fortwährend hohen Ertrag der Verbrauchssteuern und Posteinnahmen sich auch weiter noch günstig gestalten. Allerdings sind die Beziehungen zwischen Reichs- und Einzelstaats Finanzen durch die letzte vom Zentrum gebilligte Regelung noch verwickelter und unübersichtlicher geworden wie je vorher. Auch das Staatsrecht des Reichstages ist nicht so gut gefahren wie bei der ersten lex Lieber, von deren konstitutioneller Wichtigkeit das Zentrum so viel Mühen machte.

Daß auch die Besoldungsaufbesserung der 1890/91 leer ausgegangenen Beamten in letzter Stunde noch zur Annahme kam, dürfen wir in diesem Zusammenhange wohl mit erwähnen.

Dagegen ist die Reform der Unfallversicherung nach der Kommissionsberatung stecken geblieben. Die Invalidengesetz-Novelle hat es zu einer Kommissionsberatung überhaupt nicht gebracht. Hier stehen für die nächste Session noch wichtige Auseinandersetzungen bevor; die Arbeiter werden gut thun, beide Fragen nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Wahlen rücken immer näher heran, man kann die Wünsche der großen Wählermassen nicht bei Seite schieben.

Das schließlich angenommene Auswanderungsgesetz entbehrt wenigstens derjenigen Ausnahmestimmungen gegen die auswanderungslustigen Landarbeiter, die man früher plante und die unsere Junker auch jetzt wieder vertreten. Das Gesetz war an sich weniger bedeutsam, wie die beigelegten Motive, die in Phrasen von unserer überseeischen nationalen Mission und in Träumen von einer möglichen Ablenkung und Leitung der Auswanderung förmlich schwelgen.

Die Erhöhung der Dampfer-Subvention für Ostasien blieb in der Schwebe.

Die jährlich regelmäßig wiederkehrenden vielseitigen Erörterungen beim Etat, die Debatten, die sich an wichtige Tagesereignisse anknüpften, brauchen wir wohl nicht besonders zu schildern, obwohl sie vielfach einen sensationellen Verlauf nahmen. Wir erinnern nur an die Auseinandersetzungen über die elsass-lothringische Wirtschaft, über den Schandfleck der politischen Polizei, über den Brückweihskandal, das Duellwesen und die Armeemißstände, über die Bismarckenthüllungen, dann wiederum über die Gewerbeinspektion, die Strafvollstreckung, das Seemannswesen — überall kämpfte die Fraktion in der vordersten Linie des Angriffes.

Die nächste Session wird die Kräfte der Fraktion noch mehr anspannen. Stehen wir doch vor den Wahlen und alle Parteien sowie die Regierungen werden durch alle möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Manöver den Wahlaufmarsch zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchen. Auf allen Seiten wird man weiter

damit rechnen, daß die Marineforderungen vorzeitig zum Ausbruche des Wahlkampfes führen können.

Wägen die Parteigenossen im Lande sich für die große Entscheidung rüsten, von der nicht nur das Schicksal unserer Marinepolitik, sondern die Richtung unserer ganzen inneren Entwicklung in Deutschland wesentlich abhängen muß. Kein politisches Grundrecht ist in Deutschland durch ein langes verfassungsmäßiges Leben bereits so festgewurzelt, daß es allen reaktionären Stürmen gewachsen wäre. Was bei uns den vertriebenen Rechten des Volkes noch an innerer Lebenskraft fehlt, das muß das Volk selber durch doppelte politische Energie und Mäßigkeit erlangen. Die deutsche Arbeiterklasse war hier von je vorbildlich. Wägen die nächsten Wahlen sie auf der Höhe ihrer geschichtlichen Bedeutung zeigen!

Anhang.

Der Reichs-Etat für 1897/98, also die Festsetzung der Ausgaben und die Schätzung der Einnahmen zeigt folgendes Bild, immer in 1000 Mark ausgebrückt:

	Fortdauernd	Einmalig	
		im ordentl. Etat	im außerordentl. Etat
Bundesrat	—	—	—
Reichstag	658,2	—	—
Reichskanzlei	169,2	—	—
Auswärtiges Amt	—	—	—
Kolonial-Verwaltung	10 961,6	8 291,5	—
Reichsamt des Innern	36 712,2	2 550,3	—
Post u. Telegraphie	—	—	—
Reichsdruckerei	—	4 302,8	—
Reichsheer	486 409,0	39 462,4	14 101,2
Marine	58 925,3	29 340,3	28 798,7
Zufuß	1 081,0	—	—
Reichsschatzamt	409 151,3*	75,3	—
Reichseisenbahnen	357,0	3 790,0	4 650,0
Reichsschuld	76 191,3	—	—
Rechnungshof	740,5	—	—
Allg. Pensionsfonds	57 459,4	—	—
Reichsinvalidenfonds	28 594,5	—	—
Summa	1 168 210,5	91 905,3	47 459,9

1 307 570,0

Einnahmen.

Ordentliche Einnahmen:

Hölle und Verbrauchssteuern	653 131,5
Reichsstempelabgaben	61 873,0
Ueberschuß Post und Telegraphie, Reichsdruckerei	42 799,4
Ueberschuß Eisenbahnverwaltung	25 405,3
Banquewesen	3 501,5
Verchiedene Verwaltungseinnahmen	17 878,5
Reichsinvalidenfonds	28 683,0
Veräußerung Festungsterrains	411,1
Matrularbeiträge (vergl. untenstehende Anmerkung)	414 824,7
Summa	1 248 008,4

Dazu außerordentliche Deckungsmittel:

Anleihen	46 619,9
Sonstige außerordentliche Deckung	840,0
Summa aller Einnahmen	1 295 468,3

*) Hierin stecken die 404 Millionen Ueberweisungen an die Bundesstaaten, denen auf der anderen Seite der Einnahmen die Matrularbeiträge entsprechen — beides Posten von mehr rechnerischer wie realer Bedeutung für die Steuerzahler. Sie würden also bei Berechnung der wirklichen Ausgaben und Einnahmen abgezogen sein.

Die Hölle und Verbrauchsteuer einnahmen gruppieren sich in folgender Weise — immer wieder nach den Schätzungen, die in den letzten guten Geschäftsjahren durch die wirklichen Einnahmen stets kolossal übertroffen worden sind:

Aus dem Zollgebiete:	
Hölle	372 480,0
Tabaksteuer	11 283,0
Zuckersteuer	81 000,0
Salzsteuer	45 000,0
Branntweinsteuer	115 763,0
Brau- und Biersteuer	26 843,0
Mit den 63,5 Millionen aus dem Zollausland	
	653 131,5

Die Reichsschulden betragen nach der letzten Denkschrift am 31. März 1896 dem Nennwerth nach 2,245 Millionen, die bloße Verzinsung davon steht im Etat für das laufende Jahr 1897/98 mit fast genau 76 Millionen.

Soziales und Partei-Leben.

Die Konditionen in Stockholm stehen im Streit. Es wird dringend ersucht, keine Arbeit nach dort anzunehmen, sowie Zugang fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aus Nah und Fern.

„Ein Bester der Besten.“ Zu unserer freudigsten Ueberraschung lesen wir in einem Blatte: „Endlich hat Deutschland einen ebenbürtigen Sohn wieder gefunden, der den Besten der Besten sich anreihen darf und das ist mit Freuden zu begrüßen!“ Gewiß, dies ist eine Volkshaft, die 65 Jahre nach Goethes Tode etwas beklagen will. Endlich hat Deutschland wieder einen Besten der Besten! Wer ist es? Wo ist er? Was ist er? Man zeige ihn uns, daß wir ihn auf den verweisten Thron setzen und ihm hulbigen können! . . . In gehobener Stimmung nehmen wir nochmals das Blatt zur Hand, in dem wir obige Ankündigung gelesen. Es ist die Radfahrzeitung „Velo-Sport“ und gemeint ist der deutsche Radfahrer Arndt, der beim Wettrennen in Hamburg den französischen Champion Courrillon geschlagen hat. Er ist ein Bester der Besten, er ist ein „ebenbürtiger Sohn Deutschlands“, ihn haben wir mit Freuden zu begrüßen. Das Volk der Dichter und Denker hat eine neue Ruhmesthat zu verzeichnen.

Ein Meisterstück der Perfidie. Der hyperpatriotischen Presse muß sogar das traurige Eisenbahnunglück bei Eshed dazu dienen, eine Heze auf sogenannte Umstürzler zu inszenieren. Glücklicherweise ist es beim Wollen geblieben und wird wohl auch dabei bleiben. Um eine Probe der durch entgleisten Logik einer gewissen Sorte von „Ordnungspresse“ zu geben, drucken wir ab, was die „Sann. Tages-Nachr.“ zusammenschreiben. „Die angefesten Ermittlungen haben ergeben, daß die innere Schiene des rechten Geleises etwa zwei Zoll nach dem Geleiskinnern zu eingebogen, und daß die unter diesem Bogen liegende Schwelle nach rückwärts verschoben war; an dem Steg der inneren Schienen, und zwar auf der Außenseite, finden sich Merkmale (blanke Stellen), welche darauf schließen lassen, daß die Einbiegung mit einem

Für Chron und Altar.

Von Marc Monnier.

Aus dem Französischen von Aug. Heine.

(Nachdruck verboten.)

Arnaud ist mein größter Freund; er mißt nämlich in der Höhe zwei Meter. Leon Cladel, welcher mit ihm eines Tages in Marseille zusammentraf, dichtete den berühmten Vers auf ihn:

Dreht er sich herum, dann in den Taschen seiner Brust fängt sich der fliegende Vogel in der Luft.

Er war so schnell gewachsen, war so mager und sein Rücken so gebeugt, daß wir ihn nach Italien schickten.

Als er einige Jahre später zurückkehrte, war er ein rubuster Bengel. Wir freuten uns sehr, ihn wiederzusehen und der kleine Laurent Cladel hüpfte an ihm empord und frug: „Onkel, ist das wahr, bist Du Räuberhauptmann gewesen!“

„Nein, mein Junge, bloß ein gewöhnlicher Räuber!“

„Bitte, bitte, erzähle Onkel!“

Als wir Abends um den Kamin saßen, erfüllte Arnaud unseren Wunsch.

Bevor ich nun Arnaud zur Erzählung seiner Erlebnisse das Wort erteile, halte ich es für nothwendig, den geneigten Lesern eine einleitende Darstellung der Verhältnisse Italiens zu geben, wo die nachfolgende Erzählung spielt.

Italien ist eins der von der Natur am meisten bevorzugten Länder unseres Erdballes. Das außerordentlich milde Klima, der mäßig kalte Winter, die großartigen Gebirge, fruchtbaren Landstrecken und die Nähe der Meeresküste von allen Gegenden des Landes aus, würden Italien als ein irdisches Paradies erscheinen lassen müssen, wenn nicht die Ausbeutung der Armuth

durch die Besitzenden auch dort den höchsten Grad erreicht hätte.

Italien ist dreiviertel so groß wie Deutschland und hat 30 Millionen Einwohner. Italien besaß bereits vor zwei Jahrhunderten, als Deutschland noch ein freies Naturland war, und der Bauer mit seines Gleichen ein Leben des Glücks ohne Zwangsherrschaft führte, eine hoch ausgebildete kaiserliche Staatsverfassung mit allem Umfange einer solchen. In späteren Jahrhunderten wurden alle diese „Kultur“-Zustände in Deutschland mit Feuer und Schwert eingeführt, als: Privateigentum an Grund und Boden, das sogenannte römische Recht, Adel, Leibeigenschaft, Staatskirche, unumschränkte Herrschaftsgewalt und das Soldatenwesen, das heißt vom Herrscher beseldete Krieger im Gegensatz zum bewaffneten Volke der Freien.

Konnte schon vor 2000 Jahren der römische Volksführer Cajo Gracchus ausrufen: „Die Vögel haben ihre Nester, die wilden Thiere haben ihre Höhlen, aber der römische Bürger besitzt nichts, wo er sein Haupt hinlegt.“ so wurden diese Zustände seit tausend Jahren durch den Einfluß des römischen Kaiserreichs unter Karl „dem Großen“ und seinen Nachfolgern auch bei uns in Deutschland die herrschenden. Deutschland wurde ein Theil des römisch-germanischen Weltreichs. Während der vier Jahrhunderte, von 1200 bis 1600 jedoch lebten die Bewohner Italiens am glücklichsten. Das Joch der römisch-deutschen Kaiser hatten die Italiner abgeschüttelt. Die Stadtbürger Italiens hatten die kaiserlich-deutschen Truppen in jahrhundertelangen Kämpfen besiegt, und einen der deutschen Kaiser, Konrad IV. von Hohenstaufen, den letzten seines Stammes 1268, in Neapel geköpft. In Italien herrschten von da bis in die neue Zeit die mächtigen Städterepubliken: Venedig, Genua, Florenz und Mailand, woneben der Papst und mehrere Fürstengeschlechter andere Theile des Landes inne hatten. In

diesen Jahrhunderten stand Italien auf der höchsten Stufe der Kultur. In Malerei, Bildhauerei, Dichtkunst, Musik und Gesang wurde Italien die Lehrmeisterin aller anderen Völker. Ebenso in allerlei Kunsthandwerken, als Glasmalerei, Kunsttöpferei, Kunstbau, Kunstschlerei u. s. w.

Es ist aber eine ewige Erscheinung in der Weltgeschichte, daß Bildung und Kunst stets nur bei freien Völkern eine Stätte suchen und finden. Die französische Revolution machte auch dort vor hundert Jahren reine Bahn und Bonaparte errichtete im Jahre 1797 in ganz Italien die Republik.

Nachdem Napoleon besiegt wurde, Italien nach den „Befreiungskriegen“ an eine Anzahl Fürstengeschlechter vertheilt; den schönsten Theil Italiens aber nahm der Kaiser von Oesterreich für sich. Im Jahre 1848 wurde in den meisten Einzelstaaten Italiens die Republik erklärt, allein die Volkskämpfer unter Garibaldi und Mazzini wurden von den vereinigten Fürsten Europas, denen der Präsident der französischen Republik, Napoleon III., Hilfe leistete, besiegt. Im Jahre 1859 wurden jedoch Oesterreich und die kleinen Fürstengeschlechter von Parma, Modena u. s. w. von dem Kaiser Napoleon und dem Herzog von Sardinien in einem längeren blutigen Feldzuge — an welchem sich auch Garibaldi für den Herzog von Sardinien betheiligte — geschlagen und das Königreich Italien unter Victor Emanuel, dem damaligen Herzog von Sardinien, errichtet. Nach dem Jahre 1866 wurde auch der Papst, welcher bis dahin noch eine selbstständige Herrschaft über Stadt und Land Rom besaß, als weltlicher Fürst abgesetzt und Oesterreich aus dem größten Theil von Norditalien vertrieben.

Leider ist die Lage der unmittelbaren Bevölkerung Italiens durch den Druck des Militarismus und der Geldherrschaft immer verzweifelter geworden, wie die letzten Hungeraufstände auf Sizilien beweisen.

windenartigen Instrumente vorgenommen ist. Daß durch die Entgleisung selbst diese Veränderungen am Bahnkörper hervorgerufen sind, ist ausgeschlossen, da, wie die Rad-eindrücke auf den Schwellen ergeben, die Entgleisung nach rechts stattgefunden hat, und in Folge dessen kein Metalltheil der Maschine oder des Wagens die äußere Seite der inneren Schiene berührt haben kann. Schwellenverschleibungen können bei Entgleisungen nur in der Fahrriehung, nie aber nach rückwärts vorkommen. Die Einbiegung der Schiene zc. muß in der Zeit der vor der Katastrophe liegenden letzten halben Stunde vorgenommen sein, da das Personal des Güterzuges, welcher die fragliche Stelle genau eine halbe Stunde vorher passirte, nicht das geringste Auffällige bemerkt hat." An diese thatsächlichen Mittheilungen knüpfte das genannte Blatt die folgenden hirnverbrannten Kombinationen: Der Kaiser hat etwa acht Stunden vorher, (!) allerdings in umgekehrter Fahrriehung (!) und auf dem anderen Geleise dieselbe Strecke durchfahren. Sollten die Verbacher **Ausländer** (Aha!), die mit den Reisedispositionen und den deutschen Eisenbahneinrichtungen nicht vertraut waren, gewesen sein, so bleibt immerhin die Vermuthung berechtigt, daß dieselben angenommen hatten, wie in Frankreich, Belgien, Italien usw. würde auch bei uns auf dem linken Geleise gefahren, und der kaiserliche Zug würde erst um die Stunde des Unglücks den Thabor passiren." Mit recht sagt ein bürgerliches Hamburger Blatt dazu: Grade als ob die abscheulichen Verbrecher, die Kaiser mord planen, sich nicht vorher genau darüber hätten unterrichten können, auf welchem Geleise und wann der Kaiser die Strecke besuht. Dann müßten diese angeblichen „Kaisermörder“ ja fast ebenso dumme gewesen sein, wie der Verfasser des blödsinnigen Sensationsartikels in jenem Hannoverischen Blättchen. Aber obchon der ganze Widerspruch und Unsinn dieser angeblichen „Aufklärungen“ über das Eisenbahnunglück bei Etsche klar zu Tage liegt, wird die fette Reporterente von der Scharfmaepresse als willkommenes Fressen betrachtet.

Eine recht merkwürdige „Reform“ hat die Behörde in Pirna in Bezug auf das Kantinenwesen auf den Steinmehrpflätzen angeordnet. Nachdem die Steinmehnen ihren „Konsum“, um den behördlichen und gerichtlichen Scherereien aus dem Wege zu gehen, auflösten, ist jetzt den Unternehmern Konzession zum Schankbetrieb auf den Plätzen erteilt worden. Geschänkt darf ein einfaches Bier und zwei Sorten Schnaps werden. Dabei ist Konzession für Schnaps gar nicht verlangt worden! Bisher tranken die Arbeiter besseres Bier und feinen Schnaps. Es war dies eine Wirkung davon, daß durch den Konsum gute Biere (Lager und echt Kulmbacher) billiger abgegeben werden konnten. Außer den Pausen — Frühstück, Mittag, Vesper — darf überhaupt nicht geschänkt werden. Die Arbeiter sollen also bei ihrem anstrengenden Beruf im Sommer z. B. den Wirkungen des feinen Staubes und glühenden Sonnenstrahlen ausgeführt, drei Stunden ohne Erfrischung aushalten. Trinkwasser giebt es von sämtlichen Werkplätzen nur auf einem einzigen. Den Steinmehnen fällt es natürlich gar nicht ein, sich von den Behörden Vorschriften darüber machen zu lassen, wann und was sie trinken sollen. Vor Allem lassen sie sich den Schnaps nicht aufzwingen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Behörden bei ihren Anordnungen so über alle praktischen Verhältnisse hinwegsetzen. Die Steinmehnen erklärten sich in öffentlicher Versammlung einstimmig durch eine scharfe Protestresolution gegen die Bevormundung durch die Behörde.

Unsere Geschichte spielt in der Zeit kurz vor 1866, wo der Kirchenstaat des Papstes noch bestand, von dem aus die vertriebenen Fürsten von Sizilien u. s. w. das Königreich Sardinien (später Italien) beständig durch bewaffnete Einfälle beunruhigten.

Vier Jahre in Italien — erzählte uns Arnaud — haben mich gesund gemacht, aber das nicht allein, sie haben mich auch zu dem gemacht, was ich heute bin, zu einem Mann, der die Leiden der Armen versteht — alles verstehen heißt alles verzeihen.

Es war in dem Jahre 1864 im Frühjahr, als ich in Rom herumwummelnd mit den dort ebenfalls herumwummelnden Legitimisten bekannt wurde. (Unter Legitimisten versteht man Anhänger des Königthums von Gottes Gnaden und Gegner aller Volksrechte.) Ich sog deren Ideen ein und die Freundschaft mit einem deutschen und einem belgischen Offizier, welche gekommen waren, um dem fortgejagten König beider Sizilien sein Land wieder zu erobern, veranlaßte mich, ebenfalls in die Reihe der Kämpfer für Thron und Altar einzutreten.

Meine beiden Freunde führten mich bei dem Generalstab ein. Der Generalstab bestand aus einem Komitee von Prälaten (Pfaffen) und höheren Offizieren unter dem Vorsitz eines Generals. Alle saßen um eine längliche Tafel und unterhielten sich auf's Lebhaftesten über die Tänzerinnen der Oper und dergleichen hochpolitische Dinge. Wir hörten der belehrenden Unterhaltung zur Erweiterung unserer Kenntnisse schweigend zu, bis uns der General verdrießlich fragte, was wir denn eigentlich wollten. Ich wurde von meinen beiden Freunden vorgestellt als ein französischer Freiwilliger, welcher den Thron des verjagten Franz II. von Neapel wieder aufzurichten mithelfen wollte. Der General zog ein schiefes Gesicht und brummte: „Das Geld ist alle.“

„Ich verlange kein Geld“, erwiderte ich, „ich bringe was.“

Bemerkt sei noch, daß diese Maßnahmen auf den Einfluß von Gastwirthen und Schnapsbändlern in den Gemeindevorständen zurückgeführt werden. Erstere fürchten die Konkurrenz der besseren, aber trotzdem billigen Biere; letztere möchten ihren Fusel an den Mann bringen.

Ein bemerkenswerthes Urtheil fiel vor einigen Tagen die Strafkammer in Nürnberg. Der Redakteur der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ in Nürnberg, J. Scherm, war vom Schöffengericht Nürnberg am 28. Mai d. J. wegen angeblicher Beleidigung des Feilenhauermeisters Niechel in Bremen zu 50 M. Geldstrafe zc. verurtheilt worden, weil er in Nr. 2 genannter Zeitung vom 30. Januar ds. Js. folgende Notiz veröffentlichte: „Bremen. Vor Juzug nach der Werkstatt des Feilenhauermeisters Niechel, Silberstraße, wird gewarnt.“ Der Verurtheilte ergriff dagegen die Berufung, welche am 20. August zur Verhandlung kam. Scherm wurde unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urtheils freigesprochen. Die Notiz enthalte keine Beleidigung. Es sei nicht vor der Person Niechels gewarnt, sondern vor Juzug nach seiner Werkstatt. Daran könnten die Leser der „Metallarbeiter-Zeitung“ nur folgern, daß es sich um Werkstattsdifferenzen handle. Abgesehen davon, daß weder sachlich noch formell eine Beleidigung vorliege, sei die Notiz auch in Wahrnehmung berechtigter Interessen veröffentlicht und habe das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Absicht der Beleidigung fehle. Die Kosten des Prozesses hat der Privatkläger zu tragen.

Zehn Personen vergiftet. Aus Pest wird folgendes schreckliche Unglück berichtet: Der Großgrundbesitzer Karl Schmalz, welcher einer der ältesten Patrizierfamilien der Hauptstadt entstammte, verbrachte den Sommer, wie alle die Jahre her, in Teteny, wo er eine eigene Villa besaß. Außer seiner Frau und seinen sechs Kindern weilten in der Villa noch seine Schwiegermutter, ein Kutscher und zwei Dienstmädchen. Am verfloffenen Freitag nun wurde zum Nachtmahl u. A. eine gebratene Gans servirt. Alle waren in bester Laune und öfen mit ausgezeichnetem Appetit. Auch die Dienstmädchen erhielten ihre Portionen, und dem Kutscher war ebenfalls eine zugebracht, allein er weigerte sich, sie zu essen. In der Villa gab es nämlich viele Ratten, zu deren Vertilgung die Hausfrau irgend ein starkes Gift gebraucht hatte; und als der Kutscher am Freitag tagsüber eben die Gans, die dann zum Nachtmahl vorgelegt wurde, „taumeln“ sah, entstand in ihm der Gedanke, ob nicht das Thier von dem Gift gefressen habe und davon so „schwindlig“ sei. Eben wegen dieses Zustandes, der auch den Anderen auffiel, wurde die Gans dann abgestochen, und der Kutscher erklärte gleich, daß er von ihr nichts essen werde. Natürlich wurde er verspottet, doch er ließ sich nicht umstimmen. Knapp bevor das Nachteffen anging, entfernte er sich aus der Villa, um im Wirthshaus zu essen — und als er nach einer Stunde zurückkehrte, bot sich ihm ein entsetzliches Schauspiel: Kaum hatten nämlich die unglückliche Familie und die beiden Dienstmädchen die Gans verzehrt, so empfanden sie sämmtlich, zehn an der Zahl, gräßliche Schmerzen und als der Kutscher heimkam, tönte ihm herzerschlütternbes Jammern entgegen. Erschrocken eilte er in den Speisesaal hinaus und da wälzten und krümmten sich ihrer Sieben unter unbeschreiblichen Weherufen auf dem Boden, während die anderen Drei unter nicht minder gräßlichen Qualen sich zu ihren Betten geschleppt hatten. . . . Sofort spannte der Kutscher nun ein und jagte in rasendem Galopp nach Budapest, um den Arzt der Familie, Dr. Kochleiter, zu holen — der Arzt war

Welches Wunder! Die Züge des Generals wie aller Anwesenden schienen verklärt, ich wurde sofort als Thronfolger behandelt — im Umfassen war ich meine drei Taufenfrankenscheine los und hatte dafür das Patent eines Majors in der Tasche.

Für die dreitausend Francs erhielt ich aber eine Quittung mit der Versicherung: „Rückzahlbar mit Zins und Zinseszinsen am Tage der Wiederaufrichtung des Thrones Franz II.“ Ich begab mich sofort zu den Truppen an der Grenze des päpstlichen Kirchenstaates. Der Oberkommandant war ein alter spanischer Carlst (Kämpfer für die spanische Königsfamilie gegen das spanische Volk). Ich fand ihn in einer Bauernhütte in einer Hängematte liegend, von Armees keine Spur. Er sagte mir, daß die Armees sei an des Grenze zerstreut. Später erfuhr ich, daß die Armees aus dem etwa 250 Mann — lauter Capitänen, Hauptleuten und Majoren bestand. Gemeine Soldaten hingegen waren nicht sonnel vorhanden, um den Offizieren die Stiefel zu putzen. Der Herr Oberkommandant theilte mir mit, daß augenblicklich kein Regiment zu vergeben sei, vielleicht nach dem nächsten Gefecht; er sei eben dabei, den Grenzfluß zu sondiren, um einen Durchgang nach dem feindlichen Lande zu finden.

Die Operation, einen Durchgang durch den Fluß für seine Armees zu finden, dauerte mehrere Monate. Ich merkte nachgerade, daß das alles nur Ill sei und war im Begriff, mich von meinem Spanier spanisch zu verabschieden, als ich einen Kapuzinermönch traf.

„Kennen Sie mich nicht mehr,“ frag er, „ich habe Ihnen als Führer gedient, als sie den Besatz bestiegen. Sie waren damals leidend, — Sie haben meinen Rath befolgt: täglich mindestens sechs Stunden marschiren und nur frisches Wasser trinken. Nun sind Sie gesund, wie ich sehe. Ich denke, jetzt könnten Sie dafür auch kräftig einen ausgeben, kommt mal mit.“

Ich folgte dem Vater Giacinto, einem schönen Mann von einigen dreißig Jahren mit langem Bart und kah-

jedoch aus Budapest abwesend. Darauf fuhr der Kutscher nach Teteny zurück und brachte den dortigen Arzt zu den Kranken. Und dieser Arzt erklärte die „Krankheit“ für nicht gefährlich und verschrieb ein Pulver; der Zustand der Vergifteten verschlechterte sich aber von Stunde zu Stunde, am dritten Tag starb der athletisch gebaute Karl Schmalz, am gleichen Tage folgte ihm die 13jährige Tochter Irene im Tode nach, die übrigen 8 Personen wurden auf Veranlassung des mittlerweile zurückgekehrten Dr. Kochleiter nach Budapest ins Spital überführt, wo sie lebensgefährlich erkrankt daniederliegen.

In Ohsau wurde einem Manne, der hoch zu Ross zur Stadt kam, der Gaul unter dem Leibe weggepfändert. Der Mann wollte schnell wegreiten, aber der Gerichtsvollzieher holte ihn mit dem Raube ein.

Natürlich! Wie aus Sofia verlautet, soll der Prozeß Voitschew vor dem Militärgerichte wieder aufgenommen werden. Der zu lebenslänglichem Kerker Verurtheilte lebt im Gefängniß im größten Konfort, hat sein eigenes gut möblirtes, freundliches Zimmer und treibt sich des Nachts in verschiedenen Wirthshäusern umher, wo seine Freunde ihm zu Ehren Trinkgelage veranstalten.

Giftpflanzen als Nahrungsmittel. Manche Theile von Giftpflanzen hat sich der Mensch trotz ihrer Giftigkeit wegen der darin enthaltenen Nahrungstoffe dienstbar gemacht. Dahin gehören die an Stärkemehl reichen Wurzeln des amerikanischen Maniok, oder Cassave, Strauches. Das Gift des Milchsaftes, den sie enthalten, wird durch Auspressen, Waschen, Trocknen, Kochen und Rösten der zerriebenen Wurzeln entfernt, und so entsteht ein nahrhaftes Mehl, ein wichtiges Nahrungsmittel in Südamerika, welches in manchen Gegenden Brotmehl und Kartoffeln ersetzt. Ähnlich verhält sich der gefleckte Aronstab (Arum maculatum). (Die Pflanze wächst z. B. im Israelsdorfer Gehölz sehr reichlich. D. N. d. W.) Die ganze Pflanze, besonders aber der Wurzelstock, ist reich an brennend-scharfem Geschmack, erregt Magenentzündung und Bluterbrechen und hat schon oft den Tod zur Folge gehabt. Durch Kochen und Trocknen verliert er die Schärfe vollkommen und wird zu einem guten Nahrungsmittel, welches von den Bewohnern der Karpathen dem Brodmehl beigemischt wird. Auch den sogenannten „Portland Sago“ macht man aus diesem Mehl. Uebrigens zählt auch die Kartoffel unter die Giftpflanzen. Sie gehört zur Familie der Nachtschattengewächse (Nachtschatten, Tollkirsche, Wilskraut, Stechapfel, Tabak), deren Gift betäubend wirkt. Thatsächlich ist sie auch in ihrer Heimath im wilden Zustande giftig. Erst in der Kultur ist sie ungiftig geworden, obwohl Spuren des sehr schlimmen Giftes (Solanin) auch jetzt noch, besonders in ganz jungen Knollen, nachweisbar sind.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. v. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 47. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791. Von J. v. W. — Die Musik und das Volk. Von August Quist. — Die Nationalitäten in Oesterreich und die Sozialdemokratie. Von Verus. — Wohnungsfrage und Sterblichkeit. Von Henriette Fürth. — Notizen: Die verjüngte Glocke. Immunisirung gegen Wiperngift durch Kalblut. — Feuilleton: Was unsere „besseren Kreise“ lesen. Ein lustiger Beitrag zur Kritik der Familienliteratur. Von Otto Ernst.

geschorener Tonsur (d. h. künstlich geschorene kahle Platte auf dem Hinterkopf). Es war mir nicht leid; in der Schenke, wohin er mich führte, fanden wir warmes Essen, Wein und weibliche Bedienung auf das allerzufriedenstellenste.

„Also,“ hub Giacinto an, als wir gegessen und getrunken, „Ihr wollt gegen Victor Emanuel kämpfen? Na, es ist ein Zeitvertreib wie ein anderer, Ihr steht allein auf der Welt, so möge der liebe Gott Euch beschützen.“

Ueber die Fahne, die sich Jemand gewählt, discutire ich nicht. Ich habe bereits gelernt, daß Jeder der Fahne folgt, von der er am besten getäuscht ist.

„Franz II. und Viktor Emanuel, da ist der eine kein Haar schlechter als der andere, aber auch kein Haar besser. Meint einer etwa, daß das Volk unter einem liberalen Königthum sich besser satt essen kann, als unter einem absoluten (d. h. wo das Volk nichts mitzusprechen hat), das müssen wir erst abwarten.“

Noth und Elend für die Massen hier — Noth und Elend für die Massen da, Luxus, Pracht, Hochmuth und Verschwendung für ihregleichen bei den meisten Herrscherhäusern, aber wenn Ihr nicht versauern wollt, dann kommt mit mir, ich will Euch hinbringen, wo Ihr wenigstens zeigen könnt, was Ihr vermögt; ich bringe Euch zu einem berühmten Bandenführer, den Schrecken des Hochgebirges. Er ist mein Freund. Nur eines rathe ich Euch, er hat einen Knaben bei sich, der heißt Fräulein Carmele, mit dem laßt Euch nicht ein, sonst gehts Euch schlecht, im Uebrigen aber solls Euch an Bewegung, Abwechslung und Plaisir nicht fehlen. Ihr lernt eine ganz neue Welt kennen, und die reine Gebirgsluft giebt Euch Gesundheit für hundert Jahre. Nur wie gesagt, werdet nicht zu intim mit Carmele, wenn Ihr nicht unversehens von dem eifersüchtigen Bandenführer eine kalte Stahlspize zwischen den Rippen fühlen wollt.“

(Fortsetzung folgt.)